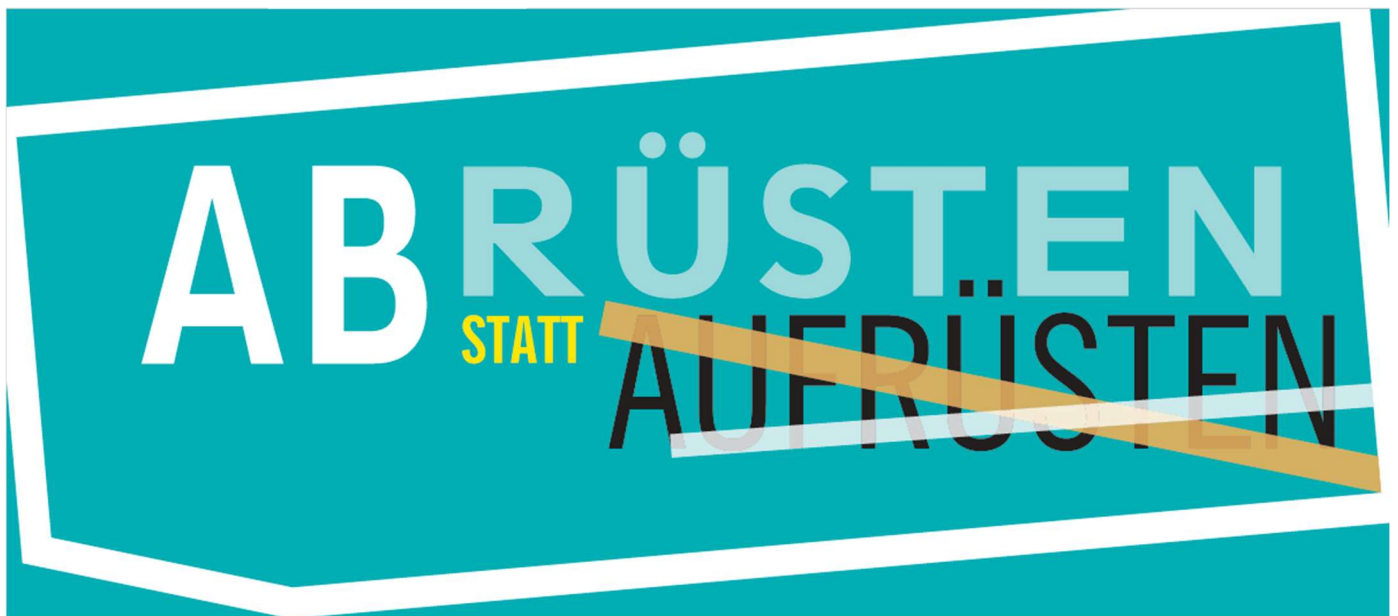


Samstag, 5. Dezember 2020

**Aktionstag für Abrüstung und neue
Entspannungspolitik**

12 – 14 Uhr, Münsterplatz

**Immer weiter aufrüsten, aber kein
Geld für Gesundheit und Soziales
Nicht mit uns!**



Wir rufen auf: Beteiligt Euch am Aktionstag 5. Dezember!

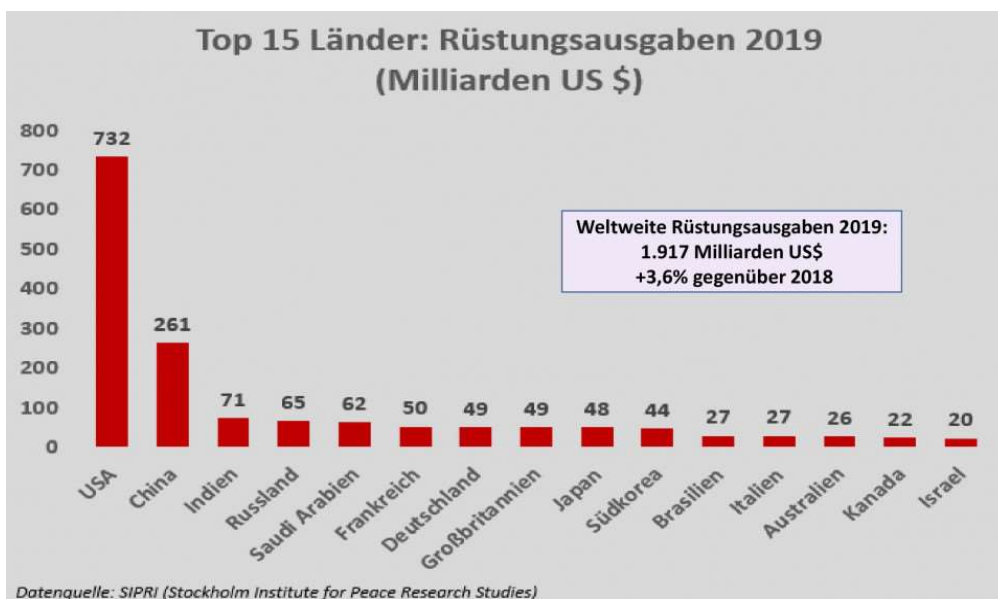
Antikriegs-AG Aufstehen Bonn, Beueler Friedensgruppe, Beueler Friedensinitiative, Bonner Friedensbündnis, DFG-VK Bonn-Rhein-Sieg, Frauennetzwerk für Frieden e.V., IPPNW Bonn, Netzwerk Friedenskooperative, PAX-Christi Bonn

Deutsche Rüstungsausgaben dürfen nicht weiter steigen

Deutschland gibt immer mehr Geld für Rüstung aus, der Rüstungsetat soll im nächsten Jahr auf **47 Milliarden Euro** steigen. Die Beratungen zum Bundeshaushalt 2021 beginnen in der nächsten Woche. Die NATO unter Führung der USA fordert von ihren Mitgliedern jährliche Militärausgaben in Höhe von 2 % des BIPs. Das wären nach heutigem Stand 76 Milliarden Euro. Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer plant, in den nächsten Jahren gigantische Summen für die Aufrüstung aus dem Fenster zu schmeißen: **20 Milliarden** für teilweise atombombenfähige Kampfflugzeuge, **5 Milliarden** für 4 neue Kampfschiffe, **10 Milliarden** für die bewaffnungsfähige „Eurodrohne“ von Airbus, die Gesamtkosten für das europäische Kampfflugzeug FCAS werden auf **500 Milliarden Euro** geschätzt, die für den neuen deutsch/französischen Kampfpanzer MGCS auf **100 Milliarden**.

Geld investieren in das Gesundheitssystem, den öffentlichen Wohnungsbau und die Bildung

Dabei brauchen wir jeden Euro für Soziales, Gesundheit, Umwelt und Bildung. Die Corona-Krise hat die Gefahren aufgezeigt, welche dem Gesundheitswesen durch die immer weitergehende Ökonomisierung und Privatisierung drohen: systematischer Abbau von Personal, kein angemessener Lohn für das Pflegepersonal, weitere Schließung von Krankenhäusern. Der Ausverkauf öffentlicher Wohnungen und der Abbau des sozialen Wohnungsbaus führen zu explodierenden Mieten. Die öffentlichen Schulen sind marode, gleiche Bildungschancen existieren nach wie vor nicht.



Keine heimliche Atommacht Deutschland und keine NATO-Zentralen!

In Büchel, knapp 100 Kilometer von Bonn entfernt, sind amerikanische Atombomben stationiert, die im Kriegsfall auch von deutschen Piloten abgeworfen werden sollen. Die Airbase Ramstein bei Kaiserslautern soll zur neuen NATO-Zentrale für Weltraumoperationen ausgebaut werden. Diese Aufrüstungen stellen eine neue bedrohliche Eskalationsstufe der NATO mit Russland und China in Richtung Krieg dar. Die Vorbereitung eines Angriffskriegs ist ein eklatanter Verstoß gegen das UN-Völkerrecht.

Abrüsten für eine neue Friedenspolitik: Entspannung und Dialog

Wir brauchen ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung. Wir fordern von der Bundesregierung ein generelles Verbot von Rüstungsexporten und einen Verzicht auf die Anschaffung von bewaffneten Drohnen. Wir fordern den Beitritt Deutschlands zum Vertrag über ein weltweites Verbot der Atomwaffen und eine weltweite Ächtung autonomer Waffensysteme. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen beendet werden.

Neue Entspannungspolitik braucht nicht Spaltung und Ausgrenzung, sondern Dialog und Verhandlungen. Dafür müssen wir uns alle stark machen und die Kriegakteure unter Druck setzen. Die UNO samt ihrer Charta muss respektiert werden. Die Forderung der UNO nach weltweiten Waffenstillständen muss von allen Regierungen unterstützt werden.

Wir fordern den Rat der Stadt Bonn auf, den Städteappell der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN zu unterzeichnen.